

## Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Runden Tisches Rheinpfalzallee

im Rahmen einer Videokonferenz am 06.05.2020, 19.00 – 21.30 Uhr

---

### Teilnehmende

1. Hr. Staatssekretär Tietze, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
  2. Hr. K. Hönicke, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft und Arbeit
  3. Hr. J. Bonatz, Anwohnervertreter Grafenauer Weg
  4. Hr. F. Rauschenbach, Anwohnervertreter Grafenauer Weg
  5. Fr. Dr. S. Ode Hakim, Anwohnervertreterin Rheinpfalzallee
  6. Fr. D. Namysl, Anwohnervertreterin Zwieseler Straße
  7. Hr. R. Wöhrl, Anwohnervertreter Zwieseler Straße
  8. Fr. R. Hogh, Anwohnervertreterin Rheinpfalzallee
  9. Hr. O. Köpsel, Anwohnervertreter Zwieseler Straße
  10. Hr. B. Begau, Anwohnervertreter Rheinpfalzallee
  11. Hr. K. Paetz, Anwohnervertreter Grafenauer Weg
  12. Hr. Dr. Köhler, Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.
  13. Hr. G. Hande, Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.
  14. Fr. S. Pöhl, Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.
  15. Fr. P. Mbetinguenza, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
  16. Fr. S. Pentrop, Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE
  17. Fr. A. Niemeck, Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE
  18. Hr. M. Moll, Bezirksverordneter, Jugendhilfeausschuss
  19. Fr. Dr. D. Ingenbleek, Bezirksverordnete, Ausschuss Schule und Sport
  20. Hr. Prof. Dr. Prof. Hofmann, Ausschuss Ökologische Stadtentwicklung und Mieterschutz
  21. Hr. D. Nöske, Bezirksamt Lichtenberg, Stadtplanungsamt
  22. Hr. H. Braband, Bezirksamt Lichtenberg, Stadtplanungsamt
  23. Hr. M. Bade, Bezirksamt Lichtenberg, Schulamt
  24. Hr. R. Zeddies, Bezirksamt Lichtenberg, Jugendamt
  25. Hr. Prof. Dr. Zimmermann, Präsident der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)  
*sowie*
  26. Hr. O. Gersmeier und
  27. Hr. M. Gade, Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE) als Gäste mit Rederecht
- Moderation: Jens Wurtzbacher (KHSB)
- 

### **Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung**

Der Moderator begrüßt die Teilnehmer\*innen, stellt die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass der in der letzten Sitzung verschobene Tagesordnungspunkt zur ‚Darstellung der Anliegen bzw.

Ideen des Bürgervereins sowie der Anwohnerinitiativen' in der nächsten Sitzung vordringlich berücksichtigt wird. Grund ist die zunächst notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit der ‚Vertiefungsstudie Rahmenplan Karlshorst/Ost‘. Die Tagesordnung wird im allseitigen Einverständnis angenommen.

## **Top 2: Bestätigung des Protokolls**

Alle dem Moderator im Vorfeld der Sitzung mitgeteilten Änderungswünsche wurden in das Protokoll aufgenommen, Herr Zimmermann möchte die Formulierung zum Engagement der KHSB in Karlshorst verändert wissen, was ebenfalls berücksichtigt wird. Unter dieser Maßgabe wurde die vorliegende Fassung im allseitigen Einvernehmen bestätigt.

## **TOP 3: Vorstellung des Faktenpapiers *„Auflistung von Flächenbedarfen und Kosten der sozialen Infrastruktureinrichtungen zur Vorbereitung des Runden Tisches Rheinpfalzallee 83“***

Das Papier wurde den Mitgliedern des Runden Tisches vorab zur Verfügung gestellt; Herr Bade erläutert die Flächenbedarfe der geplanten Schultypen (Grundschule und weiterführende Schule (ISS)/Gemeinschaftsschule) sowie der Kindertagesstätten und der Jugendfreizeiteinrichtung samt der sich daraus ergebenden Kosten. Auf die Flächenbedarfe hat der Bezirk keinen Einfluss, diese sind vorgegeben. Die Planung steht unter dem Vorzeichen einer immensen Schulplatznot, hier besteht bezirklicherseits unmittelbarer Handlungsbedarf.

Nachfragen bezogen sich auf die Integration der geplanten Schulgebäude in die Berliner Schulbauoffensive sowie darauf, ob bereits bauausführende Institutionen beauftragt seien. Herr Bade betonte nochmals die Dringlichkeit des Schulbaus und versicherte, dass der Bau für die nächste Tranche der Schulbauoffensive angemeldet sei, von einer positiven Entscheidung wäre auszugehen. Die Entscheidung wurde bei der Grundschule für eine Holzmodulbauweise getroffen, eine abschließende Entscheidung über die errichtende Organisation stehe noch aus.

## **TOP 4: Vorstellung der ‚Vertiefungsstudie Rahmenplan Karlshorst/Ost‘**

Herr Gersmeier und Herr Gade (PFE) erläutern auf Basis der Schriftfassung der Vertiefungsstudie sowie einer Bildschirmpräsentation die zentralen methodischen Aspekte sowie die Ergebnisse der Untersuchung (in Form von unterschiedlichen Varianten) und deren Bewertung in einer Matrix. Die Studie zielte darauf, auf gegebenen Grundstücken verschiedene Kombinationen von Nutzungen durchzuspielen und anschließend bewertend zu ordnen. Die Bewertungsmatrix spiegelt eine Gesamtschau der Vor- und Nachteile einzelner Varianten.

Herr Nöske verwies darauf, dass die Studie das Ziel verfolgte, kurzfristig die Umsetzbarkeit des MUF sowie der Grundschule an mehreren denkbaren Standorten zu diskutieren. Folgen, die sich aus den Varianten für andere Grundstücke ergeben, werden im Rahmen des Bebauungsplanes berücksichtigt, für die Fläche zum Bau der MUF muss Genehmigungsfähigkeit nach §34 BauGB vorliegen. Herr Zimmermann bekräftigte das große Interesse der KHSB sowie des Erzbistums Berlin an der Entwicklung des Grundstückes an der Arberstraße bzgl. Kita und ggf. JFE, gibt aber zu bedenken, dass die Verhandlungen

mit dem Grundstückseigner noch laufen und es deshalb offen ist, ob und wann das Grundstück zur Verfügung stehen wird.

Nachfragen bezogen sich auf die Systematik der Bewertung bzw. die Auswahl der Bewertungskriterien, auf die unterschiedlichen Dichten der Bebauung in den einzelnen Vorschlägen sowie auf die Zeithorizonte der Bebauung.

Herr Dr. Köhler vom Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V. fasste die erste Stellungnahme des Bürgervereins in Kooperation mit den drei Anwohnerinitiativen zusammen. Diese favorisieren nach erster Diskussion am ehesten die Variante 3 bzw. eine modifizierte Form der Variante 3, d.h. das Grundstück an der Rheinpfalzallee sei für die kommunale Daseinsvorsorge (Schule/Sport) vorzuhalten, dies entspräche auch dem Ergebnis der Unterschriftensammlung in der Nachbarschaft im vergangenen Jahr. Hervorgehoben wird der große Bedarf an sozialer Infrastruktur in Form von Sportflächen, Einkaufsgelegenheiten sowie Gastronomie etc., möglichst auf einer zentralen Fläche. Gleichzeitig muss die Kompatibilität der Bebauung mit der umliegenden Bebauung gewahrt werden. Positiv wird die Reduktion der Bebauung auf drei Stockwerke gewertet, wünschenswert wären aber nur zwei, angesichts der umliegenden Gebäude. Trotzdem seien die Bürger auch offen für eine gemischte Nutzung, z.B. eine Kombination aus Schule sowie Wohnbebauung. Alles, was zu einer Auflockerung führt, sollte erwogen werden. Als nicht problematisch sehen die Bürgerinnen und Bürger eine gleichzeitige Ansiedlung der 500 regulär geplanten Flüchtlingswohnplätze in der Waldowallee plus die ursprünglich für die Rheinpfalzallee vorgesehenen 385 Plätze, da ohnehin die beiden Grundstücke nur einige 100 Meter auseinanderliegen würden und die Busverbindung ebenfalls an beiden Grundstücken vorbeiführen würde.

Herr Bade betont für den Bezirk, dass die Versorgung mit Sporthallen schon aufgrund des Schulbaus deutlich verstärkt wird, so dass hier mittelfristig nicht mit Engpässen zu rechnen sei. Für den Jugendhilfeausschuss weist Herr Moll darauf hin, dass auch die Jugendfreizeiteinrichtungen bedacht werden müssen, Herr Zeddies bekräftigt dies mit dem Verweis auf eine deutliche Unterversorgung in Karlshorst und möchte die Jugendfreizeiteinrichtung nicht als Solitär errichtet sehen sondern in Kombination mit einer Schule und/oder einer Kita. Herr Wöhrle weist darauf hin, dass die Bewertungskriterien bisher nicht die Anwohnerinteressen widerspiegeln, u.a. sind Verkehrsaspekte zu berücksichtigen. Frau Pentrop von der HOWOGE sieht dahingehend Klärungsbedarf, ob der Kaufvertrag für das Grundstück an der Waldowallee (der die Wohnbebauung fordert) eine Schulbebauung zulässt. Herr Bonatz spricht die Zentralität des Grundstückes Rheinpfalzallee an und sieht darin einen Hauptgrund für die Nutzung der Fläche im Kontext der Daseinsvorsorge.

Für das weitere Verfahren schlägt Herr Dr. Köhler vor, eine Verdichtung der Varianten in dem Sinne vorzunehmen, dass man unter rechtlichen, städtebaulichen und ökonomischen Aspekten zu zwei oder drei realistischen Alternativen kommen sollte, die im politisch gegebenen Rahmen umsetzbar sind. Herr Hönicke reagierte, indem er die Varianten 2, 3 und 6 als grundsätzlich machbar erachtete, realistisch und sinnvoll innerhalb der gegebenen Vorgaben wären aus Sicht des Bezirksamtes jedoch nur die Varianten 6 und 2. Herr Hönicke betont außerdem die Bedarfe der HoWoGe zu beachten, denn diese sei darauf angewiesen, dass die geplante Zahl von 350 Wohnungen erfüllt wird, was in Variante 2 kaum gegeben ist. Daher sieht das Bezirksamt die Variante 6 als am ehesten realisierbar. Die Senatsverwaltung

für Integration, Arbeit und Soziales sowie die HOWOGE werden gebeten, sich zu den Varianten zu positionieren.

Herr Tietze bekräftigt aus Sicht der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales nochmals die Voraussetzung, dass es ein Wohnangebot für 385 Geflüchtete in dem Quartier geben muss. Die vorgeschlagenen Varianten ziehen erhebliche finanzielle Konsequenzen nach sich und das muss angemessen betrachtet werden. Er sichert zu, bis zum nächsten Treffen hierzu eine Stellungnahme vorzulegen.

Mehrere Anwohnervereine machen nochmals darauf aufmerksam, auch die Erschließung des Geländes bzw. die Zuwegungen im Blick zu behalten und plädieren gleichzeitig dafür, bei den Diskussionen über die Varianten in der Hauptsache bei dem Grundstück der Rheinpfalzallee zu bleiben, denn aus diesem Bezug legitimiere sich der Runde Tisch insgesamt.

#### **Top 5: Organisatorisches (Termine), Themenwünsche, Sonstiges**

Abschließend wird die Verabredung getroffen, dass die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die HOWOGE sowie die Anwohnervereine\*innen und der Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V. nochmals Stellungnahmen zu den Varianten vorlegen, so dass zügig eine Reduktion der vorliegenden Varianten vorgenommen sowie eine Empfehlung an den Gesellschafter als Ergebnis des Runden Tisches formuliert werden können.

#### ***Ergänzung und Nachtrag zum Protokoll der konstituierenden Sitzung:***

*Auf Nachfrage der Anwohner\*innen sichert die HOWOGE zu, vor Beginn der Abrissmaßnahmen eine Beweissicherung / Altschadenaufnahme an den Gebäuden der an das Baufeld angrenzenden Grundstücke vorzunehmen. Zusätzlich wird während der Abrissmaßnahmen und in der ersten Phase des Neubaus (Tiefbau, Gründung, Rohbau) eine bedarfsabhängige Erschütterungserfassung über temporär oder fest zu installierende Messsensoren erfolgen.*

***Der nächste Termin findet am Freitag, den 29. Mai 2020, 16.00 – 18.30 Uhr (als Videokonferenz) statt.***